



Aktuelle Verkehrs- und Umweltnachrichten



Mitglied der
Bundestagsfraktion

Dr. Toni Hofreiter MdB

BUNDESTAG LEUCHTET „GRÜN“

Grüner Strom jetzt auch im Bundestag

Ab sofort haben Atom- und Kohlestrom im Reichstag und zehn weiteren Liegenschaften des Deutschen Bundestags "Hausverbot".

Auf Antrag der Grünen beschloss die zuständige Baukommission im März dieses Jahres den Umstieg auf Strom aus erneuerbaren Energien. Der Hamburger Ökostromanbieter LichtBlick erhielt nach einer europaweiten öffentlichen Ausschreibung den Zuschlag, den Bundestag jetzt mit regenerativ erzeugtem Strom zu versorgen. Damit wird das Parlament endlich seiner nationalen Vorbildfunktion gerecht und beweist, dass eine verlässliche Energieversorgung ohne Atom- und Kohlestrom möglich ist.



Mit dem Wechsel zu LichtBlick will die Bundestagsverwaltung bis Ende Dezember 2009 rund 8.000 Tonnen an klimaschädlichem Kohlendioxid einsparen. Der Stromverbrauch des Deutschen Bundestags und seiner Liegenschaften liegt bei etwa 40 Millionen Kilowattstunden pro Jahr. Davon werden gut 30 Prozent in hauseigenen Blockheizkraftwerken sowie durch Fotovoltaikanlagen auf den Parlamentsneubauten selbst erzeugt. Die verbleibenden rund 27 Millionen Kilowattstunden, die bislang aus klimaschädlichem Strom bestanden, werden ab sofort durch Ökostrom ersetzt.

Damit ist die grüne Offensive im Bundestag aber noch längst nicht beendet. Bisher lehnen die anderen Fraktionen unsere weitergehenden Forderungen ab, unter anderem die Wärmeversorgung von Erdgas auf Biogas umzustellen und im Bundestag umfassende Energiesparmaßnahmen umzusetzen. Wir werden weiter darauf drängen, dass Klimaschutz bei den anderen Parteien nicht nur Lippenbekenntnis bleibt, sondern sie und ihre Abgeordneten auch im Parlament konkret dazu beitragen müssen, Treibhausgase einzusparen.

NACHHALTIGE MOBILITÄT

Neues Positionspapier der Bundestagsfraktion

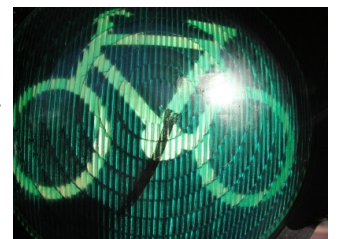
Die Verkehrspolitik steht vor neuen Herausforderungen. Der Klimawandel zwingt uns, die Treibhausgas-Emissionen schnell und deutlich zu senken. Demographischer Wandel und wachsende Armut erfordern eine andere Mobilitätskultur jenseits der Fokussierung auf das Auto. Die Verteuerung des Erdöls birgt wirtschaftliche Risiken aber auch große Chancen für Innovationen.

Die große Koalition gefährdet mit ihrer auf das Auto und auf prestigeträchtige Großprojekte fokussierten Verkehrspolitik die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger. Grüne Mobilitätspolitik wird dagegen den neuen Herausforderungen gerecht. Die Bundestagsfraktion der Grünen hat auf ihrer Herbst-Klausur in Miesbach ein Positionspapier verabschiedet, das umwelt- und klimafreundliche, soziale, wirtschaftliche und sichere Mobilitätspolitik durchbuchstabierte.

Ziel grüner Verkehrspolitik ist mehr Mobilität und gleichzeitig weniger Verkehr. Anstelle einer Politik, die teure Bauwerke wie Straßen und Startbahnen anstrebt, setzen wir auf die Sicherung der Mobilität aller Bürgerinnen und Bürger. Mobilität ist etwas anderes als Auto-Verkehr. Mobilität bedeutet Freiheit, soziale Teilhabe und Kommunikation. Wünschenswerte Mobilität zu sichern und gleichzeitig Verkehr zu reduzieren bzw. verträglich auszugestalten, ist die große Aufgabe, vor der wir stehen.

Sowohl aus ökologischen, als auch aus sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, muss der Fuß- und Radverkehr, der öffentliche Verkehr sowie die Verkehrsvermeidung in den Mittelpunkt von Planung und Politik gerückt werden. Wir treten ein für ein Recht auf Mobilität und zwar für alle – nicht nur für zahlungskräftige oder Auto fahrende Bürgerinnen und Bürger. Unser Verständnis von Mobilität dient nicht zuletzt der Wirtschaft, für die wir Infrastruktur und Rahmenbedingungen bereitstellen müssen, damit Wohlstand und Prosperität in den nächsten Jahrzehnten unter veränderten Herausforderungen gewährleistet sind.

Der Beschluss der Bundestagsfraktion „Nachhaltige Mobilität ist möglich“ vom 10.09.08 ist auf der Internetseite www.gruene-fraktion.de -> Themen -> Verkehr nachzulesen.





(Karikatur von Stuttgartmann aus dem „Freitag“ vom 3.10.08, S. 2)

VERKEHRSSICHERHEIT

FußgängerInnen und RadfahrerInnen zählen zu den sogenannten schwachen Verkehrsteilnehmern und sind am meisten von Gefahren im Straßenverkehr betroffen. Sie tragen aber am wenigsten zu Umweltbelastungen bei und verursachen die geringsten Infrastrukturkosten. Mehr Sicherheit und Komfort für den Fuß- und Radverkehr sind Voraussetzungen für die Entwicklung lebenswerter Städte und verbessern die Wohnqualität.

Immer noch verlieren pro Jahr ca. 5.000 Menschen ihr Leben auf Deutschlands Straßen. Im öffentlichen Bewusstsein steht die Mobilität im Vordergrund und die Gefahrentreten in den Hintergrund. Im Jahr 2006 wurden alle 12 Stunden ein Fußgänger und alle 18 Stunden ein Fahrradbenutzer auf deutschen Straßen getötet.

Aus diesem Grund habe ich am 23.06.08 zu einem Fachgespräch in den Bundestag eingeladen, um die Straßenverkehrsordnung auf den Prüfstand zu stellen. Es bestand Einigkeit unter den eingeladenen Fachleuten, dass im Bereich des Fuß- und Fahrradverkehrs ein erhöhter Handlungsbedarf besteht. Der vorliegende Referentenentwurf zur Novellierung der STVO wird in großen Teilen den heutigen Ansprüchen an einen sicheren Fuß- und Radverkehr nicht gerecht.

Aus grüner Sicht bestätigen die Fachbeiträge die Notwendigkeit eines grundlegenden Politikwechsels hin zur Verkehrssicherheitsstrategie „Vision Zero“. Beginnend mit einer Herabsetzung der Regelgeschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften auf 30 km/h, über die Abschaffung der Radwegebenutzungspflicht, bis hin zu fußgängerfreundlichen Ampelschaltungen. Allein mit einer halbherzigen Novelle der Straßenverkehrsordnung und mit Informationskampagnen wird das Ziel der Europäischen Union, die Zahl der Verkehrstoten bis zum Jahr 2010 um 50% zu senken, nicht erreicht werden. Der Fuß- und Fahrradverkehr ist zwar nur ein Teil des Gesamtverkehrs, stellt aber den sensibelsten Bereich dar.

Detaillierte Infos zum Fachgespräch stehen bereit auf meiner Internetseite www.toni-hofreiter.de -> Themen -> Mobilität -> Sicherheit Bericht vom 23.06.2008

SCHÜLERBEFÖRDERUNG

Am 22. September veranstalteten wir ein Fachgespräch zur Schülerbeförderung. Die teilweise schlechte Qualität der Schülerbeförderung ist oftmals Gegenstand einer Diskussion. Immer wieder hört man von unhaltbaren Zuständen: überalterte Busse, kleine Kinder, die lange im Bus stehen müssen, zu wenig Platz oder lange Wartezeiten. Auch wenn die Mängel in der Schülerbeförderung nicht verallgemeinert werden können, gehen die Meinungen über deren Qualität auseinander. Mit Fachleuten aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft sowie der Elternschaft wurden Möglichkeiten der Verbesserung der Schülerbeförderung analysiert und diskutiert.

Detaillierte Infos zum Fachgespräch befinden sich auf meiner Internetseite www.toni-hofreiter.de -> Themen -> Mobilität -> Bericht vom 22.09.2008

BAHNPOLITIK

Fahrradmitnahme im ICE

Im Dezember 2009 tritt eine EU-Verordnung in Kraft, die auch Aussagen zur Fahrradmitnahme im Fernverkehr enthält. Davon erhoffte man sich, dass auch im ICE endlich Fahrräder mitgenommen werden können. Nach Auffassung der Bundesregierung wird diese Verordnung aber nicht dazu führen, dass die Fahrradmitnahme im ICE zur Pflicht wird. In Sachen Pilotstrecke für die Fahrradmitnahme im ICE hat sich auch mehr als ein Jahr nach dem Vorschlag von Minister Tiefensee nichts Greifbares ergeben. Das haben die Antworten auf Mündliche Fragen in der Fragestunde des Bundestages vom 24. September ergeben. Ungeachtet des wenig ermutigenden Sachstandes drängen die Grüne Fraktion und ich weiterhin auf eine Verbesserung der Fahrradmitnahmemöglichkeiten bei der Bahn: nicht nur aber vor allem im Fernverkehr.

Die Diskussion in der Fragestunde des Parlaments ist auf meiner Internetseite unter www.toni-hofreiter.de -> Themen -> Mobilität -> Fahrradverkehr nachzulesen.

Notbremse für den Börsengang der DB AG

Die Bundesregierung hat die Notbremse für einen Bahn-Börsengang im letzten Moment noch gezogen. Die Freude darüber ist bei uns Grünen groß. Wir haben den Bahnbörsengang entschieden abgelehnt. Es hätte aber gar nicht so weit kommen dürfen. Der Bundesverkehrsminister hat nie eine eigenständige Bahnpolitik gemacht sondern blindlings den Wünschen des Konzernchefs Hartmut Mehdorn gefolgt. Mehdorn hat gezielt Rentabilitätsinteressen möglicher Anteilseigner über die Interessen der Kundinnen und Kunden der Bahn gestellt.

Die Absage des Börsengangs war überfällig. Wir haben bereits eine Woche zuvor einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, der die Verschiebung des Börsengangs auf unbestimmte Zeit forderte.

Wir brauchen jetzt einen Neuanfang in der Bahnpolitik mit frischen Ideen und neuen Leuten. Dieser Neuanfang ist mit Hartmut Mehdorn nicht zu machen. Deshalb fordern wir dessen Ablösung als Bahnchef.

Für uns ist klar, dass es zu einer eigentumsrechtlichen Trennung von Netz und Transport kommen muss, damit für die Zukunft jeder auch nur mittelbare Einfluss privater Investoren auf die Infrastruktur ausgeschlossen werden kann.

Eine neue Bahnpolitik schafft attraktive Angebote für die Fahrgäste, statt sie mit Bedienzuschlägen zu verprellen. Sie sorgt dafür, dass der Schienenverkehr ausgebaut wird, um den Menschen eine klimafreundliche Alternative zum Auto anzubieten. Eine neue Bahnpolitik muss endlich neue Kapazitäten für den Güterverkehr schaffen und mehr Lkws von der Straße holen, statt Milliarden Euro in überflüssigen Prestigeprojekten zu versenken. Wir haben unsere Vorstellungen dazu in einem "Wachstum-Schiene-Konzept" schon im Jahr 2006 dargelegt.

Europaweites Nachtzugnetz

Das überregionale Bahnnetz in Europa wird ausgebaut. Dadurch ergibt sich die Möglichkeit, neue Verbindungen einzurichten, auch über Nacht. Mit einem schnellen, europäischen Nachtzugnetz können neue Nacht-Verbindungen zwischen europäischen Städten über bislang ungeahnte Entfernungen angeboten werden. Ein schnelles, europaweites Nachtzugnetz kann dazu beitragen, das rasante Anwachsen des innereuropäischen Flugverkehrs zu bremsen. Moderne, komfortable, Energie sparende Nachtzüge sind ein wichtiger Baustein im klimafreundlichen Fernverkehr der Zukunft. Zu diesem Thema wurde in meinem Büro eine Broschüre erstellt.

Die Broschüre kann kostenlos in meinem Büro bei Markus Büchler bestellt werden, Adresse siehe S. 4.



SCHLUSS MIT DER ATOMLÜGE !

Mit großen Zeitungsanzeigen versuchen derzeit „Deutschlands ungeliebte Klimaschützer“, die Atomlobbyisten, Stimmung für längere Laufzeiten ihrer Gelddruckmaschinen zu machen. Dabei wird gezielt die Angst vor einer Stromlücke geschürt. In Wahrheit geht es natürlich um sehr viel Geld. Der laufende Betrieb bringt den Konzernen eine Million Euro pro Reaktor und Tag.

Was ist eigentlich dran an den Argumenten der Atomlobby:

- In Deutschland wird weit mehr Strom erzeugt als verbraucht. Obwohl im Sommer 2007 sieben Atomkraftwerke abgeschaltet waren, wurde der Ausfall durch Erneuerbare komplett kompensiert und trotzdem auch noch Strom exportiert.
- Es gibt keine Renaissance der Atomenergie. Weltweit sind derzeit 439 AKWs in Betrieb. Im Bau sind 34 AKWs, davon gelten allein 10 als Bauruinen. Allein um den Bestand zu erhalten, müssten jedes Jahr 10 AKWs ans Netz gehen. Im Schnitt schafften das aber in den letzten Jahren nur drei.
- In den letzten drei Jahren gingen weltweit netto 1 Gigawatt aus Kernkraft, 5 Gigawatt aus Fotovoltaik, und 50 Gigawatt Windkraft ans Netz.
- Nach wie vor gibt es weltweit kein Atommüllendlager. Nach dem Wassereintrich beim „Forschungsendlager Asse“ muss auch der Salzstock Gorleben erneut in Frage gestellt werden
- Auch der störungsfreie Betrieb ist gefährlich, wie die in Nähe zu Atomkraftwerken erhöhte Krebsrate von Kleinkindern zeigt.
- Uran ist ein endlicher, zunehmend knapper Rohstoff.

Atomenergie ist verantwortungslos, teuer, gefährlich und schadet der Umwelt und kommenden Generationen. Wir müssen den Übergang vom fossilen ins Zeitalter der Erneuerbaren bewerkstelligen. Zeit wird's!



Nähere Informationen findet Ihr auf meinen Internetseiten unter www.toni-hofreiter.de -> Ökologie -> Atomausstieg

GETREIDE IN DEN TANK?

Kann die Flächenkonkurrenz zwischen Nahrungsmitteln und Agrotreibstoff im postfossilen Zeitalter vermieden werden? Millionen Menschen sind von Hunger bedroht, wenn die Preise für Lebensmittel steigen. In den armen und ärmsten Ländern der Welt stirbt alle fünf bis sechs Sekunden ein Kind an Hunger bzw. an dessen Folgen. Immer mehr landwirtschaftliche Fläche wird für den Anbau von Energiepflanzen für Agrotreibstoffe beansprucht.

Das Benzin wird knapp, aber die Menschen können, wollen und werden nicht komplett auf das Auto verzichten. Fragt sich also, wie das Auto der Zukunft betankt wird. Welche Potenziale haben Agrotreibstoffe, welche Gefahren bergen sie?

Große Plantagen mit Mais- oder Rapsanbau, womöglich noch auf Flächen von gerodetem Regenwald, sind ohne Zweifel zu verurteilen, aber es gibt auch Modelle, wie Agroenergie positiv genutzt wird – diese gilt es zu fördern und mit gut ausgearbeiteten Programmen zu unterstützen. Positive Beispiele müssen gefördert und weiterverbreitet werden. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass der Tech Award im Bereich Umwelt dieses Jahr an ein sehr engagiertes Unternehmen aus Göggelsbuch in Mittelfranken (VWP) geht.

Für uns Grüne gilt bei der Agrotreibstoff-Diskussion stets der Grundsatz: Das Recht auf Nahrung und die Stabilität der Ökosysteme müssen immer Vorrang haben!

Am 23. Oktober werde ich das Thema auf einer Veranstaltung in Hirschaid mit verschiedensten Organisationen vor Ort weiter diskutieren. Gäste sind herzlich willkommen.

GENTECHNIK: CSU DRÜCKT SICH

Im bayerischen Wahlkampf versprochen Beckstein und Söder, sich in Brüssel für die Einrichtung gentechnikfreier Zonen einzusetzen. Auch Bundesminister Seehofer hat sich schon dafür ausgesprochen, obwohl er Kraft seines Amtes den Gentech-Mais MON 810 schon jetzt verbieten könnte.

Die grüne Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, die CSU-Forderungen umzusetzen. Die Regionen in der EU sollen künftig selbst entscheiden können, ob sie gentechnikfrei bleiben wollen. Wir wollten wissen, ob die CSU ihre

Forderungen wirklich ernst meint und haben deshalb ihre Forderungen eins zu eins in unseren Antrag übernommen.

Die Debatte im Parlament konnte die CSU nicht mehr verhindern, sehr wohl aber mittels Geschäftsordnungstricks die Abstimmung nach der Debatte. Die CSU hätte die Abstimmung lieber bis nach der Landtagswahl verschoben. Sie befürchtete, dass ihr populistisches Werben für gentechnikfreie Zonen als reines Wahlkampfgetöse entlarvt werden könnten.

Dennoch ist klar: Der Einsatz der CSU für gentechnikfreie Zonen ist Schaumschlägerei. Die Zweifel der Bürger wurden von der CSU nicht mehr ernst genommen. Dass sich für den Schutz vor Gentechnik mit einer neuen CSU-geführten Staatsregierung etwas verbessert, darf indes bezweifelt werden. Mehr denn je wird es darauf ankommen dass wir als Oppositionspartei den Druck aufrechterhalten.

TONI VOR ORT

Was eine schöne Gewohnheit geworden ist, sollte zur Tradition werden! So war ich auch diesen Sommer wieder zwei mal eine Woche auf Sommertour quer durch Bayern, um mir Probleme aber auch gute Beispiele vor Ort anzusehen und so wieder neue Impulse mit nach Berlin zu nehmen. Die erste Tour führte vom Allgäu mit Themen wie „nachhaltiger Tourismus“, „Vorbildlicher ÖPNV“ oder „Mobil ohne Öl“ bis in den Norden Bayerns, wo ganze Dörfer vom Aussterben bedroht sind – und wieder zurück bis nach Nieder- und Oberbayern.

Bei der zweiten Tour war diesmal (zumindest die meiste Zeit) Claudia Roth mit dabei und wir haben den Zusammenhang zwischen Verkehr, den dadurch entstehenden Mobilitätskosten und sozialer Gerechtigkeit diskutiert aber auch gelungene Beispiele von einem Mehrgenerationenhaus und einem Werk für Pflanzenöltechnologie besichtigt. Besonders lustig war bei dieser Tour die Taufe eines modernen Nahverkehrszuges in Lauf, besonders skurril dagegen ein „überwachter“ Spaziergang. Es ging also nicht nur kreuz und quer durchs Land, sondern auch durch die verschiedensten Themenfelder.

Die Fotodokumentation der beiden Touren findet ihr auf meinen Internetseiten unter www.toni-hofreiter.de -> Toni vor Ort.

Die neue Rubrik „Toni vor Ort“ auf meinen Internetseiten ist übrigens neu. Bitte schickt mir Fotos oder Zeitungsberichte, von meinen Besuchen bei Euch, vielleicht mit einer kleinen Bildunterschrift, an meine MitarbeiterInnen. Dann sind eure Projekte auch meinen Internetseiten zu finden. Vielen Dank!

TERMINE

Do., 23.10 BN Hirschaid Veranstaltung: „Brot auf den Teller und nicht in den Tank“

Mo. 10.11. Berlin: Fachgespräch City Maut

Sa. 29.11. München: Runder Tisch: Umweltpolitik in Bayern

NEWSLETTER

Regelmäßige Informationen aus meinem Büro gibt es über zwei kostenlose E-Mail-Newsletter:

1. der verkehrspolitische Newsletter aus Berlin, der aktuelle verkehrspolitische, fachspezifische Informationen aus dem Bundestag verbreitet.
2. der Bayern-Newsletter „Mach Mit: Bayern wird Grün!“ mit praktischen Aktionsvorschlägen und Ideen für die alltägliche Arbeit in Orts- und Kreisverbänden.

Adresse für die Anmeldung: www.toni-hofreiter.de -> Newsletter

KONTAKT / IMPRESSUM

Bundestagsbüro Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 / 227 - 7 45 15, Fax: 030 / 227 - 7 66 45

anton.hofreiter@bundestag.de www.toni-hofreiter.de

Regionalbüro München

Sendlinger Straße 47, 80331 München

Tel: 089 / 46 13 65 84, Fax: 089 / 46 13 65 85

anton.hofreiter@wk.bundestag.de

Regionalbüro Nürnberg

Bettelheimstr. 18, 90471 Nürnberg, Tel: 0163 / 971 93 13

Regionalbüro Landshut

Rosenweg 12, 84036 Kumhausen, Tel.: 0871 / 46 47 89

DAS TONI-TEAM



v.l.n.r: Markus, Uwe, Volker, Rosi, Toni, Steffi, Udo

Udo Werner, Büroleiter

Dipl.-Ing. Raumplanung

Schwerpunkte: Umwelt- und Raumordnungspolitik

Tel.: 030 / 227 - 7 45 15

anton.hofreiter@bundestag.de

Uwe Scheuing

Dipl.-Ing. Bauingenieur

Schwerpunkte: Mobilitäts- und Infrastrukturpolitik

Tel.: 030 / 227 - 7 45 16

anton.hofreiter.ma02@bundestag.de

Rosi Steinberger

Umweltingenieurin

Schwerpunkte: Umwelt- und Verkehrspolitik in Niederbayern und der Oberpfalz; Gentechnik und Landwirtschaft

Tel.: 0871 / 46 47 89 - steinberger@toni-hofreiter.de

Steffi Leisenheimer

Diplom-Kauffrau, Museumspädagogin

Schwerpunkte: Umwelt- und Verkehrspolitik in Franken

Tel: 0163 / 971 93 13 - leisenheimer@toni-hofreiter.de

Dr. Volker Leib

Politikwissenschaftler

Schwerpunkte: Verkehrsinfrastruktur in Bayern

Tel.: 089 / 46 13 65 84 - anton.hofreiter@wk.bundestag.de

Markus Büchler

Dipl.-Ing. Landschaftsarchitekt

Schwerpunkte: Naturschutz, Flughafen MUC

Tel.: 089 / 31 59 72 15 - buechler@toni-hofreiter.de

V.i.S.d.P.: Dr. Toni Hofreiter MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin